

Monitoring KW 16

Landesregierung startet Fachkräfteinitiative

Um dem auch in Baden-Württemberg anhaltenden Fachkräftemangel entgegenzuwirken, hat die Landesregierung eine ressortübergreifende Fachkräfteinitiative mit dem Namen „FachkräfteLÄND“ auf den Weg gebracht.

„Der **Fachkräftemangel ist eine der größten Herausforderungen**, mit der unsere Unternehmen in praktisch jeder Branche zu kämpfen haben. Deshalb ergreifen wir die Initiative, um alle Potenziale im In- und Ausland zu heben. Fachkräftesicherung ist ein zentraler Schlüssel, umv Baden-Württemberg für die Zukunft gut aufzustellen und den Wohlstand zu sichern“, sagte **Ministerpräsident Winfried Kretschmann** am Dienstag (16. April 2024) in Stuttgart.

Die Initiative soll auf die bereits 2011 gestartete Fachkräfteallianz Baden-Württemberg und die Weiterbildungsoffensive „WEITER.mit.BILDUNG.BW“ aufbauen und die Bekämpfung des Fachkräftemangels weiter vorantreiben. Allein das Wirtschaftsministerium hatte im Jahr 2023 über 80 Millionen Euro für die Fachkräftesicherung eingesetzt. Mit dieser Initiative geht die Landesregierung nun **einen Schritt weiter und beschränkt sich nicht nur auf wirtschaftspolitische Vorhaben**. Speziell das Thema Bildung und Ausbildung soll mehr in den Fokus rücken.

Konkret wird zwischen **inländischen Maßnahmen**, wie Maßnahmen zur Stärkung der Potenziale an den Schulen, Hochschulen und den Weiterbildungseinrichtungen, und Maßnahmen, die sich auf das **Gewinnen ausländischer Fachkräfte** konzentrieren, unterschieden. In der kommenden Zeit wird die Landesregierung **eine Veranstaltungsreihe zu diesem Thema** durchführen, um über ihre einzelnen Vorhaben zu informieren.

Wirtschaftsministerin reist mit HANDWERK BW und baden-württembergischen Handwerksunternehmen nach Polen

Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut ist am 15. April gemeinsam mit dem baden-württembergischen Handwerkspräsidenten Rainer Reichhold und einer rund 35-köpfigen Delegation zu einer dreitägigen Reise nach Warschau und Breslau aufgebrochen.

Unter den Mitreisenden befinden sich baden-württembergische Handwerksunternehmen aus der Metall-, Elektro-, Bau- und Innenausbaubranche sowie aus dem Kunsthandwerk, die vor Ort auf potenzielle polnische Geschäftspartner treffen werden. Zusätzlich wird die Delegation von Präsidiumsmitgliedern verschiedener Handwerkskammern und Fachverbände begleitet, die die Reise für einen Austausch und die Vernetzung mit ihren polnischen Pendants nutzen werden.

Polen wies in den vergangenen Jahren ein überdurchschnittliches Wirtschaftswachstum auf und gehört bereits, noch vor Italien und Großbritannien, zu den fünf wichtigsten Handelspartnern Deutschlands. In der **baden-württembergischen Handelsstatistik kletterte Polen unter die Top 10**. Zudem sei für die Landesregierung erfreulich, dass Polens neue Regierung einen deutlich positiveren Kurs gegenüber der EU und Deutschland fährt.

Daher sollen mit dieser Reise die **Geschäftsbeziehungen** zwischen Baden-Württembergischen Handwerkern und polnischen Unternehmern **weiter verstärkt werden**.

Dazu **Ministerin Hoffmeister-Kraut**: „Gerade unsere Handwerker mit ihren innovativen Produkten und Leistungen können mit unseren polnischen Nachbarn starke Kooperationen für die gemeinsame Bewältigung zukünftiger Herausforderungen aufbauen“

EU-Mittelstandsbeauftragter gesucht

Der deutsche Markus Pieper sollte eigentlich die neu geschaffene EU-Mittelstandsbeauftragter übernehmen. Nach heftiger Kritik aus Brüssel verzichtet der CDU-Politiker nun auf das Amt.

Der **Europaabgeordnete Markus Pieper (CDU) verzichtet auf das Amt des Mittelstandsbeauftragten der EU-Kommission**. Er hatte den Vertrag sogar bereits unterschrieben und sollte letzte Woche den neu geschaffenen Posten antreten. Doch in letzter Minute überlegte er es sich anders, nachdem es **heftigen Widerstand aus Kommission und Parlament** gegeben hatte.

Vier Kommissare, angeführt von Binnenmarktkommissar Thierry Breton, hatten die Ernennung des Parteifreunds von Kommissionschefin Ursula von der Leyen (CDU) **in einem Brief Anfang April scharf kritisiert**. Das Europäische Parlament hatte vergangene Woche ein neues **Auswahlverfahren gefordert**.

Nun beginnt **erneut die Suche nach einem geeigneten Kandidaten** für die Position des Beauftragten für KMUs in der Europäischen Union. Mehrere **Wirtschaftsverbände**, wie beispielsweise die DIHK, **fordern eine schnelle neue Lösung**.

Erster Bitkom Länderindex veröffentlicht

Der neu veröffentlichte Index gibt an, wie Digital die einzelnen Bundesländer in verschiedenen Bereichen sind.

Mit mehr als 1.200 Datenpunkten erfasst und qualifiziert das neue Digitalranking die Bundesländer in den Bereichen „**digitale Wirtschaft**“, „**digitale Infrastruktur**“, „**Governance & digitale Verwaltung**“ sowie „**digitale Gesellschaft**“.

Für den Länderindex haben Experten des Bitkom eine **Abfrage bei allen 16 Landesregierungen** vorgenommen und eine **Vielzahl an Drittstudien und amtlichen Statistiken ausgewertet**. Hinzu kam **eine empirische Befragung von mehr als 5.600 Bürgern** durch Bitkom Research, die repräsentative Ergebnisse für alle Länder liefert. Die erhobenen Daten fließen in die vier Kategorien mit insgesamt 26 Indikatoren ein.

„Der Bitkom Länderindex soll eine Forschungslücke schließen“, betont Bitkom-Präsident Wintergerst. „Vor allem geht es darum, dass wir Fortschritte und Defizite in der Digitalpolitik der 16 Länder identifizieren und vergleichbar machen. Wo gibt es Best Practices? Was können die Länder voneinander lernen? Wo brauchen wir mehr Tempo bei der Digitalisierung? Diese und andere Fragen können wir jetzt beantworten.“



OZG 2.0 im Vermittlungsausschuss- Erste Digitalministerkonferenz der Länder

Das neue Onlinezugangsgesetz (OZG 2.0) wird aktuell im Vermittlungsausschuss behandelt und auf der Digitalministerkonferenz vergangene Woche nochmals intensiv besprochen.

Das **Bundeskabinett hat beschlossen, zur Reform des Onlinezugangsgesetzes den Vermittlungsausschuss von Bundestag und Bundesrat anzurufen**. «Deutschland braucht eine moderne und digitale Verwaltung. Unser Gesetz ist ein sehr wichtiger Schritt dahin», sagte Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) am 10.4.2024 in Berlin. Daher sei es wichtig, jetzt im Vermittlungsausschuss mit den Ländern schnell eine Lösung zu finden.

Ziel des Entwurfs ist es, behördliche Verwaltungsleistungen zukünftig auch digital über Verwaltungsportale anzubieten. Das Gesetz soll **Strukturen für eine verbesserte Zusammenarbeit von Bund und Ländern schaffen** und eine einfache, moderne und digitale Verfahrensabwicklung im übergreifenden Portalverbund ermöglichen. Grundlage für die Kommunikation mit der Verwaltung ist die "**BundID**", ein zentrales digitales Bürgerkonto, in Verbindung mit der Online-Ausweisfunktion des Personalausweises (eID) zur Identifikation. Außerdem soll ein schriftformersetzendes qualifiziertes elektronisches Siegel und eine **digitale Regelung für Unternehmensleistungen** eingeführt werden.

Kritik: Der digitalpolitische Sprecher der Unionsfraktion, Reinhard Brandl (CSU), warf der Ampel-Koalition damals bei der Erarbeitung des Gesetzes «Unkenntnis der föderalen Ordnung» und handwerkliche Fehler vor.

Das neue OZG war sicher auch ein wichtiger Punkt bei der ersten Konferenz der Digitalminister letzte Woche in Potsdam. Nachdem es bislang informelle Treffen der Digitalverantwortlichen als „D16“ gab, hat **am 19. April die erste Digitalministerkonferenz der Länder** in Potsdam getagt.

Wohnungsbau

Die Zahl der Baugenehmigungen geht weiter zurück. Die Branche ruft die Politik auf, der anhaltenden Talfahrt stärker entgegenzutreten.

Im kriselnden Wohnungsbau ist **noch immer keine Trendwende** in Sicht. "Was heute nicht genehmigt wird, fehlt uns morgen am Markt", sagt Felix Pakleppa, Hauptgeschäftsführer Zentralverband Deutsches Baugewerbe (ZDB) zu den jüngsten Baugenehmigungszahlen des Statistischen Bundesamtes. **Der Ball liege schon lange bei der Politik**. Sie müsse entweder die **Anforderungen an das Bauen senken oder die Förderungen für Bauherren erhöhen**.

"Bauwillige und Branche warten dringend auf den Start der neu angekündigten Förderprogramme im Neubau", betont er.

Axel Gedaschko, Präsident des Spitzenverbandes der Wohnungswirtschaft GdW, warnt ebenfalls: "Mit jedem Monat, in dem die Genehmigungszahlen für neue Wohnungen weiter sinken, wird der riesige **Mangel von mittlerweile 800.000 Wohnungen** weiter in die Zukunft hinein zementiert." Alles, was die Regierung bislang angekündigt hat, sei eine zusätzliche Milliarde an Förderung für den klimafreundlichen Neubau im Niedrigpreissegment (KNN). Dies reiche aber nicht und komme nur schleppend voran. Nötig sei ein groß angelegtes Zinsförderungsprogramm für bezahlbaren Wohnungsbau. "Eine Zinssubvention auf ein Prozent würde den Staat durch Steuermehreinnahmen infolge der dann wiederauflebenden Baukonjunktur nichts kosten."